

# Bundestagswahl am 23.02.2025

## – Ausgewählte Positionen der Parteien zur Rente / betriebliche Altersversorgung (bAV) / private AV (pAV)

(Die Reihenfolge entspricht der Anzahl der Sitze der Fraktionen und Gruppen im aktuellen Bundestag)

SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	AFD	LINKE	BSW
<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Kein Anstieg des Renteneintrittsalters</li> <li>/ Automatische Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags zur GRV und ALV bei Weiterarbeit jenseits Rentenbeginn</li> <li>/ Einbeziehung zusätzlicher Erwerbstätiger in die GRV</li> <li>/ Sicherung des Rentenniveaus bei 48 % bis 2039</li> <li>/ Verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige</li> <li>/ Beibehaltung der Regelungen zur Rente nach 45 Beitragsjahren</li> <li>/ <b>bAV: Mehr bAV ohne Beitragsgarantie, mehr Förderung für Geringverdiener</b></li> <li>/ <b>pAV: Staatliche Förderung nur für transparente Produkte im Rahmen kleiner und mittlerer Einkommen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Kein Anstieg des Renteneintrittsalters</li> <li>/ Keine Rentenkürzungen</li> <li>/ Flexibilisierung des Renteneintritts durch die Möglichkeit steuerfreien Zuverdiensts bis 2.000 EUR monatlich („Aktivrente“)</li> <li>/ Verbindliche Altersvorsorge für Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind</li> <li>/ <b>bAV: Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge insbesondere bei kleinen und mittleren Arbeitgebern</b></li> <li>/ <b>pAV: „Frühstart-Rente“: Staatliche Förderung für alle 6 bis 18-Jährigen mit 10 EUR monatlich für eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Kein Anstieg des Renteneintrittsalters</li> <li>/ Bürgerversicherung: gesetzliche Rente soll für mehr Personengruppen attraktiv gemacht werden</li> <li>/ Option zur Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags zur GRV bei Weiterarbeit jenseits Rentenbeginn</li> <li>/ Gründung eines neuen »Bürgerfonds«, um das Rentenniveau stabil zu halten</li> <li>/ <b>pAV: „Bürgerfonds“ als kostengünstiger Zugang zum Kapitalmarkt für Privatvorsorge</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Flexibler Renteneintritt, solange keine Sozialleistungen beantragt werden müssen</li> <li>/ Einführung einer gesetzlichen Aktienrente</li> <li>/ Selbstständige sollen mehr Freiheit bei der Altersvorsorge erhalten</li> <li>/ <b>bAV: Ermöglichung höherer Aktienanteile in der bAV (reine Beitragszusage für alle Betriebe)</b></li> <li>/ <b>pAV: Steuerlich gefördertes Altersvorsorgedepot</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Mittelfristige Erhöhung des Rentenniveaus auf 70 %, Vergütung der Elternschaft bei der Rente</li> <li>/ Erhöhung der Beiträge, höhere Steuerzuschüsse zur Rentenkasse</li> <li>/ Ermöglichung eines flexiblen Renteneintritts nach 45 Arbeitsjahren</li> <li>/ Mehr Einzahler in die Rentenkasse bringen</li> <li>/ Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 EUR</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Absenkung Renteneintrittsalter auf 65</li> <li>/ Erhöhung des Rentenniveaus auf mindestens 53 %</li> <li>/ Alle Bürger, einschließlich Beamte und Selbstständige, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen</li> <li>/ Ermöglichung eines früheren Renteneintritts</li> <li>/ <b>bAV: Muss mindestens zur Hälfte vom Arbeitgeber finanziert werden</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 %</li> <li>/ Orientierung am österreichischen Modell, wo sowohl Beiträge als auch das Rentenniveau höher sind als in Deutschland</li> </ul>

# Bundestagswahl am 23.02.2025

## – Ausgewählte Positionen der Parteien zur Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV)

(Die Reihenfolge entspricht der Anzahl der Sitze der Fraktionen und Gruppen im aktuellen Bundestag)

SPD	CDU/CSU	GRÜNE	FDP	AFD	LINKE	BSW
<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, um die Unterschiede zwischen privat- und gesetzlich Versicherten bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten zu beseitigen.</li> <li>/ Stärkung von Digitalisierung und Prävention im Gesundheitswesen</li> <li>/ PV: Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege durch einen Pflege-Deckel von 1.000 EUR mtl.</li> <li>/ Schaffung eines Risikostrukturausgleichs mit GKV und PKV</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Beibehaltung des dualen Systems aus GKV und PKV</li> <li>/ Förderung von Prävention, Bürokratieabbau und Wettbewerb unter Krankenkassen</li> <li>/ PV: Finanzierungsmix in der Pflege bestehend aus gesetzlicher PV, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und eigenverantwortlicher Vorsorge</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Einbezug der PKV in den Finanzausgleich unter Krankenkassen</li> <li>/ Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln</li> <li>/ PV: Pflegebürgerversicherung mit Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater PV</li> <li>/ PV: Erhöhung der Leistungen der Pflegeversicherung und Unterstützung pflegender Angehörigen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Beibehaltung des dualen Systems aus GKV und PKV</li> <li>/ Abbau von Bürokratie und Stärkung der Digitalisierung</li> <li>/ Stärkung der Wahlfreiheit der Versicherten und Ausgabenreduzierung in der GKV</li> <li>/ PV: Aktuelle Pflegefinanzierung soll durch kapitalgedeckte Komponente ergänzt und mehr Pflegekräfte sollen gewonnen werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Abschaffung von Fallpauschalen bei stationären Behandlungen</li> <li>/ Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung zur Reduzierung von Verwaltungskosten</li> <li>/ Übernahme versicherungsfremder Leistungen durch den Bundeshaushalt</li> <li>/ PV: Häusliche Pflege soll stärker finanziell gefördert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Unterstützung einer einheitlichen Bürgerversicherung</li> <li>/ Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenzen, Beitragserhebung auf alle Einkommen</li> <li>/ PV: Solidarische Bürgerversicherung in der Pflege, Ausbau zur Pflegevollversicherung</li> <li>/ PV: Bekämpfung des Personalmangels in der Pflege</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>/ Unterstützung einer einheitlichen Bürgerversicherung und Abschaffung der Zusatzbeiträge</li> <li>/ Rücknahme der Krankenhausreform und Abschaffung der Fallpauschalen</li> <li>/ Wiederaufnahme von Zahnersatz und Sehlfen in den Leistungskatalog der GKV</li> <li>/ PV: Steuerfinanzierte Pflegevollversicherung</li> </ul>